

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 34 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 232

7. Dezember 1982

Hans-Jochen Vogel, SPD-Kanzlerkandidat: Kurzsichtigen Gruppenegoismus überwinden. Seite 1

Jürgen Linde MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, würdigt Kohls Europapolitik: Nichts als schöne Worte. Seite 4

Hartmut Soell MdB meint, ein Zurück zu den Ursachen des Doppelbeschlusses sei erfolversprechend. Seite 5

Paul O. Vogel berichtet über Erfahrungen im Hamburger Wahlkampf. Seite 7

Karl-Heinz Hiersemann MdL kündigt eine Fortsetzung der Langemann-Affäre an. Seite 8

Für einen Beschäftigungs- und Solidarpakt

Zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beitragen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel
Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Arbeitslosigkeit hat in den letzten Monaten weiterhin besorgniserregend zugenommen. In den Staaten der Europäischen Gemeinschaft sind heute über 11,5 Millionen Menschen arbeitslos. In den USA sind es über zwölf Millionen, in den 15 OECD-Staaten über 32 Millionen. In der Bundesrepublik ist die Zwei-Millionen-Grenze vor kurzem überschritten worden. Die meisten Sachverständigen stimmen in der Annahme überein, daß sich die Lage im bevorstehenden Winter weiter verschlechtern wird. Unter der Bundesregierung Helmut Schmidt hat die Bundesrepublik innerhalb dieser Gesamtentwicklung einen deutlich besseren Platz behaupten können als uns vergleichbare Länder. Jetzt mehren sich Anzeichen, daß sich unsere Lage verschlechtert. Selbst nach der vergleichsweise optimistischen Prognose des Sachverständigenrates müssen wir befürchten, daß die Zahl der Arbeitslosen 1983 um rund eine halbe Million höher liegen wird als jetzt.

Die von der gegenwärtigen Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen greifen nicht, sie beschleunigen sogar den Abschwung noch. Der Haushalt 1983 und die dazugehörigen Begleitgesetze vermindern durch Kürzungen im Bereich der Einkommen der sozial Schwächeren, die zu einem hohen Prozentsatz unmittelbar für den Lebensunterhalt verwendet werden, und durch Abgabenerhöhungen die Kaufkraft um mindestens 16 Milliarden DM. Die Gewerbesteuersenkung schwächt die Investitionskraft der Kommunen, auf die es jetzt besonders ankommt. Der Abbau des sozialen Mietrechts wird nicht zu der erwarteten Belebung der Bauwirtschaft führen; viel wahrscheinlicher ist es, daß auch hierdurch Massenkaufkraft vom Markt genommen wird, ohne daß eine entsprechende Investitionstätigkeit angeregt wird.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Printemps-Übersand
no. 400000000
Anzahl: 10000



Die derzeit amtierende Regierung hat als Opposition ständig behauptet, das beste Beschäftigungsprogramm sei ein Regierungswechsel. Nun zeigt sich, daß ihr ein Konzept der Beschäftigungs- und Haushaltspolitik fehlt. Die Beschwörung der 50er Jahre suggeriert wirtschaftliche Verhältnisse, die sich von den gegenwärtigen grundlegend unterscheiden.

Mein wirtschaftspolitischer Berater, Herr Professor Dr. Krupp, hat mir in den letzten Tagen Thesen vorgelegt, die bei der Ausarbeitung des Wahlprogramms der Sozialdemokraten eine wichtige Rolle spielen werden. In Anbetracht der aktuellen Situation habe ich Herrn Professor Dr. Krupp gebeten, die Kernpunkte seiner Thesen bereits heute der Öffentlichkeit vorzutragen.

Aus den Darlegungen von Herrn Krupp ergeben sich für mich:

1. Wir haben es mit mehr zu tun als mit einer Krise im konjunkturellen Zyklus. Wir stehen vor - wahrscheinlich in - einer grundlegenden Veränderung der Wachstumsfelder und der Nachfragestrukturen. Die Antwort kann deshalb nicht darin bestehen, daß wir die bisherigen Strukturen einfach fortschreiben. Wer unsere Schwierigkeiten lediglich auf die Höhe der öffentlichen Verschuldung oder die Höhe der Sozialleistungen zurückführt, verkennt die Ursachen der weltweiten Arbeitslosigkeit und der Wachstumsschwäche.
2. Bei dem Ausmaß der internationalen Verflechtung der Weltwirtschaft und der Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft sind international abgestimmte Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erforderlich. Wir müssen nicht nur allen internationalen Bestrebungen nach Protektionismus mit Festigkeit entgegenreten, sondern auch unverzüglich auf einen international koordinierten Zinsabbau hinwirken. Vor allem in längerfristiger Perspektive kann auch die Entwicklungspolitik Wachstumschancen sichern und Arbeitsplätze garantieren.

Die GATT-Ministerratskonferenz in Genf wäre beinahe gescheitert; weltweit zeichnet sich ein Abwertungswettlauf ab. Ich fordere deshalb einen internationalen Beschäftigungspakt, auf dessen Grundlage die großen Industriestaaten gemeinsam wieder eine expansivere Wirtschaftspolitik betreiben. Ich fordere die Bundesregierung auf, in diesem Sinne tätig zu werden und auf eine Konferenz hinzuwirken, die einen solchen internationalen Beschäftigungspakt ausarbeitet. Um die wirtschaftliche Entwicklung des nächsten Jahres nachhaltig beeinflussen zu können, sollte eine solche Konferenz im Januar, spätestens im Februar 1983 zusammentreten.

3. Im eigenen Land ist die solidarische Zusammenarbeit aller am Wirtschaftsleben beteiligten gesellschaftlichen Gruppen und aller für die Wirtschaft Verantwortlichen, auch der öffentlichen Hände, erforderlich. Ich rufe deshalb die Arbeitgeber und Arbeitnehmer und ihre Verbände, die Parlamente, die Regierungen und Verwaltungen in Bund, Ländern und Gemeinden und auch die Deutsche Bundesbank dazu auf, sich in einem Solidarpakt zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zusammenzufinden, der die von Herrn Krupp dargelegten Elemente enthält.

Zu diesem Pakt müssen alle beitragen:

- Die Unternehmer die Bereitschaft zur Arbeitsplatzsicherung und zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, ihr Engagement zur weiteren Modernisierung der Wirtschaft;



- die Gewerkschaften die Bereitschaft zu solidarischen Lohnabschlüssen, der auf Seiten der Unternehmer die Bereitschaft zur Preisdisziplin und zu einem vermögenspolitischen Schritt in Richtung auf die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital entsprechen muß;
- die Tarifpartner, aber vor allem die Arbeitgeber, die Bereitschaft zu einer vernünftigen Arbeitszeitverkürzung auf allen drei Ebenen; dabei begrüße ich, daß der EG-Gipfel die Forderung nach einer "Reorganisation der Arbeitszeit", übrigens mit Zustimmung von Herrn Kohl, aufgegriffen hat;
- die Tarifpartner, aber vor allem die Arbeitgeber, die Bereitschaft zu einer vernünftigen Arbeitszeitverkürzung auf allen drei Ebenen; dabei begrüße ich, daß der EG-Gipfel die Forderung nach einer "Reorganisation der Arbeitszeit", übrigens mit Zustimmung von Herrn Kohl, aufgegriffen hat;
- die Deutsche Bundesbank eine Geld- und Zinspolitik, die sich am Ziel der Vollbeschäftigung orientiert;
- die öffentlichen Hände Anreize zu arbeitsplatzsichernden und die Wettbewerbsfähigkeit gewährleistenden Investitionen und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsprogramme, zum Beispiel im sozialen Bereich;
- alle Bürger die Bereitschaft zur sozialgerechten Mitfinanzierung dieser Programme.

Die Eindämmung der Arbeitslosigkeit wird umso eher möglich, je mehr es gelingt, den kurzichtigen Egoismus der gesellschaftlichen Gruppen zu überwinden, die ein Übermaß an Besitzständen verteidigen. Den Konzepten, die auf eine Spaltung und Entsolidarisierung unserer Gesellschaft hinauslaufen, stelle ich eine Politik entgegen, die sich an den Interessen der breiten Schichten unserer Bevölkerung orientiert und die mehr Solidarität mit den benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen zum Ziel hat. Das erfordert Opfer auch von denjenigen, die Arbeit und Einkommen haben. Wir brauchen die Solidarität der Arbeitenden mit den Arbeitslosen; die Solidarität der Bessergestellten mit den Schwächeren; die Solidarität der Älteren mit den Jüngeren. All dies ist erreichbar, wenn wir uns ohne jede Einschränkung am Gebot der sozialen Gerechtigkeit orientieren.

In diesem Sinne habe ich bereits Gespräche mit dem DGB-Vorsitzenden Ernst Breit, dem Arbeitgeberpräsidenten Otto Esser und dem Bundesbankpräsidenten Karl-Otto Pöhl geführt. In den vor uns liegenden Wochen werde ich bei allen Beteiligten für diesen Solidarpakt werben. Nach der Wiedergewinnung der Regierungsverantwortung werde ich sofort die geeigneten Schritte unternehmen, um diesen Pakt in der Form konkreter Abreden zustandezubringen. (-/7.12.1982/ks/rs)

+ + +



Kohls Europapolitik: Seid nett zueinander

Anmerkungen zum Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs

Von Dr. Jürgen Linde MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition waren die Christdemokraten nimmermüde mit Kritik und Polemik: Während die drei für Europapolitik zuständigen Minister - Genseher, Lambsdorff, Ertl - schon damals geschont wurden, wurde jeder vermeintliche Fehlschlag, jeder Stillstand in der Gemeinschaftspolitik Helmut Schmidt in die Schuhe geschoben.

Bei den Treffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft fiel man dem deutschen Bundeskanzler schon vorher in den Rücken und ließ nachher kein gutes Haar an den Ergebnissen.

Jetzt "glänzt" Helmut Kohl als "Europakanzler" in den Hauptstädten der Welt von Fototermin zu Fototermin, ohne daß Taten folgten.

Bei seinem ersten "Gipfel", im Kreise seiner in der Mehrzahl konservativen europäischen Kollegen, knisterte heimische Atmosphäre. Das erfreute den deutschen Übergangskanzler. Als Ergebnis brachte er die "ausgezeichnete, freundschaftliche Atmosphäre" mit nach Hause. Sein Fazit:

"Es war kein spektakuläres Gipfeltreffen, aber eine wichtige Aussprache zum richtigen Zeitpunkt."

Ob sich der Bürger damit zufrieden geben wird? Entscheidungen zu den drängenden Problemen in den Staaten der Gemeinschaft - ansteigende Arbeitslosigkeit, vor allem akuter Mangel an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche, blieben vor der Tür.

Wieder nichts als schöne Worte von Herrn Kohl. Diesmal ist er der Bewährungsprobe entgangen. Doch die Probleme lassen sich nicht durch Schönrederei beseitigen. Inzwischen tragen die Bürger den Schaden.

(-/7.12.1982/ks/va)

+ + +



Zurück zu den Ursachen des Doppelbeschlusses!

Fetischisierung von Einzelelementen bringen Genfer Verhandlungen keinen Erfolg

Von Professor Dr. Hartmut Soell MdB

So ganz nebenbei war durch ein Interview des BBC mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger am 25. November 1982 zu erfahren, daß sowjetische Spitzenpolitiker im Winter 1982 angeboten hätten, ein Viertel bis zur Hälfte der SS-20 Raketen abzubauen und weitere Raketen des gleichen Typs so weit hinter den Ural zu verlegen, daß sie Ziele in Westeuropa nicht mehr treffen können. Der Westen sollte im Gegenzug auf die am Ende 1983 geplante Stationierung von Pershing II Raketen und Marschflugkörpern verzichten. Wie weiteren, mehr oder minder offiziellen, Verlautbarungen zu entnehmen ist, hat es bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen ebenfalls ein sowjetisches Angebot in Richtung auf Reduzierung der SS-20 gegeben, das offenbar durch den Führungswechsel in Moskau zunächst gegenstandslos geworden ist. Die sowjetische Seite hat sich also von ihrer Eröffnungsposition vom November 1981, in der nur der Abbau veralteter Systeme angeboten wurde, fortbewegt.

Gilt dies auch für die westliche Seite? Die Verteidigungsminister der NATO haben sich in der vergangenen Woche darauf geeinigt, daß andere "ernsthafte Vorschläge der Sowjetunion" (als die vom Westen bisher vorgeschlagene Null-Lösung) "sorgfältig zu prüfen" seien. Deutet sich hier ein Abrücken von der Null-Lösung an, die ebenfalls eine maximale "Eröffnungsposition" war? Wir müßten erfolgreiche Zwischenlösungen aussehen und auf welche Weise lassen sie sich mit den im Juni 1982 begonnenen Verhandlungen über die Reduzierung "strategischer" (interkontinentaler) Waffen (früher SALT / jetzt START) verknüpfen?

In den Zusammenhang mit den sogenannten strategischen Waffen gehören die Mittelstreckenraketen ohnehin. Weil die Weltmächte bei den SALT-Abmachungen den Begriff der strategischen Waffen so egoistisch definierten (jeweils nur die Waffen, die das Territorium der anderen Weltmacht treffen können), waren die insbesondere Westeuropa betreffenden "Grauzonen" der Rüstung darunter sehr viel unsicherer geworden. Der Aufbau der SS-20 (ursprünglich eine den SALT-Abkommen zuwiderlaufende, bewegliche Interkontinentalrakete, deren Reichweite verkürzt wurde) hatte zusätzliche Gefahren geschaffen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte seit Mitte der siebziger Jahren von den Weltmächten mehrfach die Anerkennung des Grundsatzes der gleichen Sicherheit auch für Westeuropa verlangt, soweit dies angesichts der geographischen Asymmetrien und der dadurch mitbedingten zusätzlichen Risiken überhaupt möglich ist. Mit dieser Forderung sind die Westeuropäer bis heute nicht durchgedrungen. Als Ersatzlösung kam der Doppelbeschluß, der schon durch die Art der Nachrüstung (landgestützte Raketen) problematisch bleibt, weil er die Risiken der Abschreckung durch perfektionierte Abschreckungswaffen (mit hoher Treffsicherheit, kurzen Warnzeiten und so weiter) nicht verkleinert, sondern vergrößert.

Aber auch der Verhandlungsteil enthält ein wesentliches Defizit. Ein namhaftes Mitglied der neuen Bundesregierung, Manfred Wörner, hat diesen Mangel beim Namen genannt, bevor der Doppelbeschluß offiziell verkündet wurde. In jenem Pressegespräch in Washington vom Januar 1979, in dem er die Position vertrat "zuerst nachrüsten,



dann verhandeln", räumte er zugleich ein, daß es noch keine gemeinsame westliche Verhandlungsbasis gebe, "weil Frankreich seine Atomstreitmacht nicht in ein Angebotspaket für Moskau einbringen will. Hier muß noch eine Lösung gefunden werden".

Tatsächlich sind im SALT I-Abkommen bei der Festsetzung der Obergrenzen auch Teile der französischen Atomraketen stillschweigend berücksichtigt worden. Der französische Verteidigungsminister Hernu hat vor der WEU-Versammlung in der vergangenen Woche noch einmal unterstrichen, daß die französische Atomstreitmacht ein "zusätzlicher Risikofaktor für einen Angreifer" sei. Damit ist doch wohl die Sowjetunion gemeint. Zudem planen Frankreich und England, in den nächsten Jahren ihre seegestützten Raketen mit jeweils acht beziehungsweise sieben Sprengköpfen zu bestücken. Dadurch würde sich die Zahl der auf sowjetische Ziele gerichteten Sprengköpfe dieser beiden Länder von rund 220 auf 1.000 erhöhen.

Dieses Potential muß, trotz des französischen Widerstandes gegen eine offizielle "Einbeziehung" seiner Raketen in die Genfer Verhandlungen, bei der Gesamtverrechnung "berücksichtigt" werden. Paul Warnke, bis Ende 1978 Chefunterhändler von Präsident Carter bei den SALT-Verhandlungen, hat deshalb in seinem Vorschlag eines fünf Jahre geltenden "Interimabkommens" vom September 1982 wesentliche Teile der französischen und britischen Atommacht berücksichtigt. Sein Entwurf sieht außerdem vor, das auf beiden Seiten verbleibende Potential in die geplanten Reduzierungen bei START einzubeziehen.

Eine solche Lösung entspräche den elementaren Sicherheitsinteressen der Europäer, insbesondere denen der nicht-nuklearen Länder, mehr als jede isolierte Vereinbarung über die bloße Begrenzung von Mittelstreckensystemen.

Die SPD hat in ihrem Münchener Parteitagbeschuß ebenfalls die Berücksichtigung der französischen und englischen Raketen gefordert, aber offen gelassen, ob diese bei den Verhandlungen über eurostrategische oder strategische Waffen (START) geschehen solle. Um die Genfer Verhandlungen besser beeinflussen zu können, wäre es sinnvoll, wenn wir nicht nur hier Präzisierungen vornehmen, sondern überhaupt die Bedingungen genauer formulieren würden, innerhalb derer aus unserer Sicht der Doppelbeschuß seine politische Funktion erfüllt hat.

Zusammenfassend gehören dazu Elemente wie

- die baldige Verknüpfung der Verhandlung über "eurostrategische" und "strategische" Waffen (zum Beispiel Warnke-Vorschlag),
- die Berücksichtigung der nuklearen Waffensysteme von "Drittländern",
- neben der zahlenmäßigen Verrechnung der Waffensysteme auch die Berücksichtigung ihrer "stabilisierenden" beziehungsweise "destabilisierenden" Wirkung (zum Beispiel wurde der amerikanische Vorschlag für START mit der "destabilisierenden Wirkung landgestützter Raketen begründet).

Nur ein Zurück zu den Ursachen des Doppelbeschlusses und nicht die Fetischisierung von Einzelelementen bringt die Genfer Verhandlungen zum Erfolg. (-/7.12.1982/ks/ca)

+ + +



Probelauf

Erfahrungen im Hamburger Wahlkampf - CDU strickt alte "Angst-Masche"

Von Paul O. Vogel

Jedermann weiß, daß der Erste Bürgermeister Hamburgs Klaus von Dohnanyi heißt. Die Hamburger CDU jedoch tut so, als ob sie das nicht wisse - sie verknüpft in ihrer Wahlpropaganda den Namen des Bürgermeisters hartnäckig mit dem des Herrn Ebermann von der GAL.

Die CDU tut außerdem in ihren Anzeigen so, als stehe morgen an der Elbe eine "rot-grüne Koalition" ins Haus. Dabei weiß die CDU ganz genau - es wird eine solche Koalition nicht geben. Wenn die Sozialdemokraten eine solche Koalition gewollt hätten, dann wäre von ihnen die Forderung nach Neuwahlen gewiß nicht erhoben worden.

Das alles ist Teil einer CDU-Wahlkampfmasche, die einem alten Strickmuster folgt: Auf Inhalte verzichten, den politischen Gegner diffamieren, den Leuten Angst machen. Da gab es in den 50er Jahren das Gespenst der Roten Armee, der die SPD angeblich den Weg nach Bonn öffnen wollte.

Dann gab es den Slogan "Freiheit statt Sozialismus", und nun will man die Bürger wieder in Angst versetzen: Mit der rot-grünen Koalition, mit Namensverfälschung, mit dem Schlagwort vom "Kaputt-regieren". Das alles ist eine aus demokratischer Sicht betrübliche Kampagne, inhaltsleer, aber aggressiv.

Nur - dies ist nicht 1953. Solche Art Wahlkampf-führung wird 1982 bei den Bürgern keinen Erfolg haben. Die Hamburger wollen, daß im Rathaus auf der Grundlage einer klaren Mehrheit regiert wird. Die Hamburger wissen, daß sie diese Mehrheit mit ihrem Stimmzettel herstellen können.

Der Wahlkampf macht es leicht zu entscheiden, wem es um inhaltliche Politik für Hamburg und wem es um bloßen Machtwechsel geht. Da haben die Sozialdemokraten Anlaß zum Selbstvertrauen. Im Übrigen - es ist schon klar, weshalb die CDU das "grüne Gespenst" vorführt. Da soll ein Probelauf für den Bundestagswahlkampf 1983 gefahren werden. Dieser Probelauf, das darf man heute schon sagen, wird am 19. Dezember in Hamburg zu Ende sein. An Elbe und Alster ist kein guter Platz für Sprücheklopfer.

(-/7.12.1982/Ks/rs)

+ + +



Strauß kontra Rebmann

Hakeleien mit der Generalbundesanwaltschaft

Von Karl-Heinz Hiersemann MdL
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag

Ohrenzeugen vernahmen "erhobene Stimmen", die Münchner "Abendzeitung" berichtete, die Gesprächspartner seien "äußerst heftig aneinandergeraten". Doch Strauß hat alles ganz anders in Erinnerung. In seiner jetzt eingegangenen Antwort auf meine Schriftliche Anfrage schildert Strauß sein Zusammentreffen mit Generalbundesanwalt Kurt Rebmann anlässlich des 54. Deutschen Juristentages am 14. September in der Nürnberger Meistersingerhalle als eine geradezu freundliche Unterhaltung, in der er zu Rebmann "scherzhaft" etwas gesagt und "lediglich" etwas "angemerkt" habe.

Zeugen des Vorfalles hatten berichtet, Strauß habe Rebmann heftige Vorhaltungen gemacht, weil dieser die Affäre Langemann durch seine Aktivitäten - insbesondere die Vernehmung des Nachrichtenhändlers Heigl "unter konspirativen Umständen an einem konspirativen Ort" (so damals ein Sprecher Rebmanns) - erst zur Staatsaffäre hochstilisiert habe. Rebmann habe den "Anschluß" von Strauß sehr deutlich vernehmbar mit dem Hinweis gekontert, er habe sich im Fall Langemann ausschließlich nach Recht und Gesetz verhalten und es sei nicht seine Aufgabe, eine Affäre herauf- oder herunterzuspielen.

Strauß gab jetzt folgende verniedlichende Darstellung:

"Das Gespräch ergab sich zufällig, als die Ehrengäste des Deutschen Juristentages in Nürnberg den Großen Saal der Meistersingerhalle betraten. Als der Generalbundesanwalt an der Tür dem Ministerpräsidenten den Vortritt ließ, fragte dieser ihn scherzhaft, ob das der erste Akt der Wiedergutmachung für die unterlassene Unterrichtung der bayerischen Justizbehörden im Zusammenhang mit der Vernehmung des Heigl durch die Bundesanwaltschaft sei. Der Ministerpräsident hat dann lediglich angemerkt, daß die bayerische Staatsregierung über das Verhalten der Bundesanwaltschaft sehr betroffen war."

Ich hatte auch diese Fragen gestellt:

- "Erblickt der Ministerpräsident etwa in der Sicherstellung der Tage- und Ringbücher Dr. Langemanns seitens der Bundesanwaltschaft ein 'Hochspielen' der Affäre? Hat diese Betrachtungsweise des Ministerpräsidenten gegebenenfalls ihre Ursache darin, daß der Name des Ministerpräsidenten in diesen Kalenderbüchern mehrfach erwähnt sein soll?"
- Gibt es in Tonfall und Lautstärke Parallelen zwischen dem genannten Gespräch und dem seinerzeitigen 'Gespräch' zwischen dem Ministerpräsidenten und Polizeivizepräsident Dr. Wolf auf dem Marienplatz?"

Damit erweckte ich offenbar endgültig den Unwillen des Herrn Ministerpräsidenten. Er antwortete darauf nämlich knapp und ungehalten: "Die in diesen Fragen anklingenden Unterstellungen entbehren jeglicher sachlichen Grundlage."

Daraus muß ja wohl, unter anderem, geschlossen werden, daß entgegen anderslautenden Informationen der Name von Strauß in den Tage- und Ringbüchern Langemanns nicht vorkommt. Warum, so ist zu fragen, hat die CSU dann so Angst vor diesen Langemann-Notizen? Warum hat sie dann mit allen Mitteln ihrer Mehrheit verhindert, daß der Untersuchungsausschuß Langemann noch vor der Landtagswahl Einsicht in diese Notizen des Ex-Staatschützers nehmen konnte?

Die SPD-Fraktion wird noch in diesem Dezember im Landtagsplenum für die Wiedereinsetzung des Untersuchungsausschusses sorgen. Punkt zwei des Untersuchungsauftrags betrifft die Tage- und Ringbücher. Wenn, was leider zu befürchten ist, die CSU die Untersuchungen nicht wieder mit allen Tricks verschleppt, wird man noch vor der Bundestagswahl am 6. März wissen, ob und wie der CSU-Spitzenkandidat Strauß in Langemanns Notizen vorkommt.

Sollte die CSU erneut, wie gehabt in den Monaten vor der Landtagswahl, den Langemann-Ausschuß als Wahlkampfaktion abtun, wird die SPD deutlich zu machen wissen, daß die Bürger einen Anspruch darauf haben, vor dem 6. März zu erfahren, ob sich der Spitzenkandidat der CSU nach Recht und Gesetz verhalten hat.

(-/7.12.1982/ks/va)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

